Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche – sollte § 219a StGB abgeschafft werden?

Krisztina Mezey, Bonn*

Die medienpräzente Verurteilung der Allgemeinmedizinerin Kristina Hänel bescherte dem Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche eine nie dagewesene Aufmerksamkeit und rückte die Frage nach der Aufhebung des § 219a StGB in den Fokus zahlreicher gesellschaftlicher und politischer Debatten. Die Kontroverse um die Abschaffung des § 219a StGB zum Anlass nehmend, soll die Vorschrift auf ihre Verfassungsmäßigkeit und gesetzessystematische Bedeutung im Gesamtgefüge der §§ 218 ff. StGB untersucht werden. Der nachfolgende Beitrag gelangt nach einer kritischen Auseinandersetzung zu dem Ergebnis, dass eine Aufhebung weder erforderlich noch geboten ist.

A. Aktuelle Debatte

Verurteilung zu einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen zu je 150 € – so entschied das Amtsgericht Gießen¹ am 24.11.2017 in dem Fall der Allgemeinmedizinerin Kristina Hänel. Der Ärztin wird vorgeworfen, durch Hinweise auf ihrer Homepage, dass in ihrer Praxis Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, gegen das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche nach § 219a StGB verstoßen zu haben. Diese Rechtsauffassung wurde jüngst durch das (nicht rechtskräftige) Urteil des Berufungsgerichts bestätigt.²

Die kriminalpolitische Bedeutung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche ist schwindend gering: Zwischen 2014 und 2017 kam es bei insgesamt 85 erfassten Fällen³ lediglich zu drei Verurteilungen nach § 219a StGB.⁴ Dennoch bewirkte der Schuldspruch gegen Hänel einen enormen medialen Widerhall und entfachte eine rechtspolitische Debatte über die Abschaffung des

§ 219a StGB. Stimmen aus dem Internet zufolge handele es sich um einen „frauenfeindlichen“⁵ Paragraphen, der schlichtweg eine „Zumutung“⁶ darstelle.

Im Rahmen der Kontroverse um den § 219a StGB ist insbesondere auf Gesetzesentwürfe verschiedener Bundestagsfraktionen hinzuweisen, welche die ersatzlose Streichung der Vorschrift fordern. Mit Blick auf die Entscheidung des Amtsgerichts Gießen verlangte beispielsweise die SPD-Fraktion, dass die strafrechtliche Sanktionierung von „rein informativen Angaben über die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen“ aufgehoben wird.⁷

Im Folgenden soll eine kritische Auseinandersetzung mit den für die Abschaffung des § 219a StGB plädierenden Argumenten aufzeigen, dass die Außerkraftsetzung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche weder verfassungsrechtlich erforderlich noch gesetzessystematisch ratsam ist.

B. Kritische Darstellung der Argumente für die Abschaffung des § 219a StGB

Durch das Gesetz zur Abänderung strafrechtlicher Vorschriften vom 26.05.1933⁸ wurde das „öffentliche Anbieten von Abtreibungen“ in den §§ 219, 220 RStGB unter Strafe gestellt und damit das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche gesetzlich eingeführt. Die einheitliche Zusammenfassung der Vorschriften in den – mit dem heutigen § 219a StGB wesentlich identischen – § 219a StGB a.F. erfolgte 1974 durch das 5. Gesetz zur Reform des Strafrechts.⁹

* Die Autorin ist Studentin der Rechtswissenschaft und studentische Hilfskraft am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI). Der vorliegende Beitrag basiert auf einer Proseminararbeit, die die Verfasserin im Rahmen einer Veranstaltung von PD Dr. Matthias Maetschke angefertigt hat. Ihm sowie Herrn Kevin Franke sei für die Unterstützung bei der Ausarbeitung des Aufsatzes herzlich gedankt.

1 AG Gießen, Urt. v. 24.11.2017 – 507 Ds 501 Js 15031/15 –, juris.

2 LG Gießen, Urt. v. 12.10.2018 – 3 Ns 406 Js 15031/15 –, juris.

3 Vgl. Bundeskriminalamt (Hrsg.), Polizeiliche Kriminalstatistik, Wiesbaden 2014 – 2017, Falltabellen, Tab. 01. Von den insgesamt in diesem Zeitraum erhobenen Fällen macht dies lediglich einen Anteil von 0,0003 % aus.

4 Statistisches Bundesamt, Fachserie 10, Reihe 3, Rechtspflege, Strafverfolgung 2014 ff., Wiesbaden 2015 ff.

5 *Grüne Jugend*, Ein fauler Kompromiss reicht nicht - § 219a StGB komplett abschaffen, grue-ne-jugend.de, <https://grue-ne-jugend.de/ein-fauler-kompromiss-reicht-nicht-§219a-stgb-komplett-abschaffen/>, Abruf v. 9.1.2019.

6 *Hobrack*, § 219a StGB ist eine Zumutung, welt.de, <https://www.welt.de/kultur/article171507046/Paragraf-219a-ist-eine-Zumutung.html>, Abruf v. 25.11.2018.

7 BT-Drucks. 19/1046 (SPD), S. 6. Dass die SPD-Fraktion ihren Gesetzesentwurf vorerst zurückgezogen hat, ist mit der Rücksichtnahme auf die große Koalition mit der Union zu begründen (vgl. <https://www.ito.de/recht/nachrichten/n/spd-vorstoss-reform-219a-stgb-zurueckgezogen-grosse-koalition-gemeinsamer-vorschlag/>, Abruf v. 8.11.2018).

8 RGBl. I, S. 295.

9 BGBl. I, S. 1297.

I. Vorwurf nationalsozialistischen Ursprungs

In Anbetracht seiner Entstehungsgeschichte sieht sich § 219a StGB mitunter dem Vorwurf einer NS-ideologischen Herkunft ausgesetzt. Eine Betitelung als „Nazi-Paragraph“¹⁰ fundiert jedoch ausschließlich auf der unilateralen Betrachtung des gesetzlichen Einführungsdatums, wodurch die wesentlichen Begleitumstände ignoriert werden: Über die Einführung einer Sanktion für Handlungen im Vorfeld des Schwangerschaftsabbruchs wurde seit dem Jahr 1913 und damit bereits zu Zeiten der Weimarer Republik diskutiert.¹¹ Vor dem Hintergrund ansteigender Abtreibungszahlen sowie entsprechender Werbeannoncen beschloss der nationalsozialistische Gesetzgeber schließlich eine gesetzliche Kodifikation des Werbeverbots. Er wurde hierbei von der Erwägung geleitet, gewerblichen Abtreibungen die Grundlage zu entziehen und hierdurch zu verhindern, dass Frauen zu einem Schwangerschaftsabbruch verleitet werden.¹² Da es sich hierbei um rechtsstaatlich vertretbare Schutzzwecke handelt, kann dem Werbeverbot kein spezifisch nationalsozialistisches Gedankengut beigemessen werden.¹³ Die Bezichtigung des § 219a StGB als eine Rechtsnorm nationalsozialistischen Ursprungs ist demnach unbegründet.

II. Verfassungsrechtliche Bedenken

Ein weiterer Einwand gegen das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche gründet auf dem Vorwurf der Verfassungswidrigkeit. Kritiker erblicken in § 219a StGB einen ungerechtfertigten Eingriff in schutzwürdige Grundrechte Dritter. Vor diesem Hintergrund stünde das Werbeverbot im Widerspruch zu dem Grundgesetz und müsse folglich aufgrund seiner Nichtvereinbarkeit mit der Verfassung abgeschafft werden.

1. Berufs- und Meinungsfreiheit der Ärzte

Aus Art. 12 GG lässt sich das Recht des Arztes ableiten, die Öffentlichkeit über die in seiner Praxis angebotenen Leistungen zu informieren.¹⁴ Aus diesem Grund sei dem Werbeverbot ein Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit der Ärzte zu entnehmen.¹⁵ Indem es den Ärzten untersagt werde, im Zusammenhang mit ihrer ärztlichen Tätigkeit ihre Auffassung über den Schwangerschaftsabbruch

öffentlich kundzutun, sei ferner ihr Recht auf freie Meinungsäußerung aus Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 GG beeinträchtigt.¹⁶

Diese grundrechtlich geschützten Positionen sind jedoch „durch Gesetz“ (Art. 12 Abs. 1 S. 2 GG) bzw. die „allgemeinen Gesetze“ (Art. 5 Abs. 2 GG) einschränkbar. Eine verfassungskonforme Konkretisierung dieser Schrankenvorbehalte lässt sich nach Auffassung der Gerichte in § 219a StGB erblicken.¹⁷ Als Werbeverbot entfaltet die Norm berufsausübungsregelnde Wirkung, sodass nach der sog. Stufenlehre des BVerfG ein etwaiger Eingriff bereits dann gerechtfertigt ist, wenn er vernünftigen Gründen des Allgemeinwohls dienlich ist.¹⁸ § 219a StGB stellt die Werbung für die Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen unter Strafe. Hierdurch soll nach dem Willen des Gesetzgebers verhindert werden, dass der Schwangerschaftsabbruch in der Öffentlichkeit „als etwas Normales dargestellt und kommerzialisiert wird“.¹⁹

Aus diesem Schutzzweck wird teilweise abgeleitet, § 219a StGB diene lediglich dazu, den ethisch problematischen Schwangerschaftsabbruch davor zu bewahren, in der allgemeinen Wahrnehmung der Bevölkerung verloren zu gehen.²⁰ Indem es durch die Pönalisierung eines bestimmten Verhaltens versucht, der gesellschaftlichen Kommerzialisierung des Schwangerschaftsabbruchs entgegenzuwirken, verkörpere das Werbeverbot ausschließlich einen „moralischen Klimaschutz“.²¹ Geschützt werde folglich ein Kollektivrechtsgut, das gegenüber grundrechtlich verankerten Positionen wie der Berufsausübungsfreiheit nicht abwägungsfähig sei.²² Dementsprechend sei der durch § 219a StGB bewirkte Eingriff in die Grundrechte als ungerechtfertigt anzusehen.

Diese Ansicht verkennt, dass das Werbeverbot eine Schutzwirkung zugunsten des ungeborenen Lebens entfaltet. Das BVerfG hat in seiner Entscheidung *Schwangerschaftsabbruch I*²³ deutlich gemacht, dass auch das ungeborene Leben als eigenständiges Rechtsgut verfassungsrechtliche Protektion genießt und einen staatlichen Schutzauftrag begründet. Indem § 219a StGB verhindert, dass der Schwangerschaftsabbruch öffentlich kommerzialisiert wird, sichert er die freie Entscheidung der schwangeren Frau und schützt damit zumindest mittelbar das ungeborene Leben.²⁴ Damit entspricht das Werbeverbot dem allgemeingültigen Interesse an der Erhaltung des (werdenden) Menschenlebens.²⁵

10 Kolbeck, Abtreibung: Der Nazi-Paragraph muss weg, *medical-tribune.de*, <https://www.medical-tribune.de/meinung-und-dialog/artikel/abtreibung-nazi-paragraf-muss-weg/>, Abruf v. 9.1.2019.

11 Dt. Bundestag, WD 7 - 3000 - 159/17, S. 4.

12 Dt. Bundestag, WD 7 - 3000 - 159/17, S. 5.

13 Dt. Bundestag, WD 7 - 3000 - 159/17, S. 6; Hillenkamp, HÄBl. 2018, 92 (92); Kubiciel, ZRP 2018, 13 (14).

14 LG Bayreuth ZfL 2007, 16 f.

15 Goldbeck, ZfL 2005, 102 (103).

16 Preuß, *medstra* 2018, 131 (133).

17 LG Bayreuth, ZfL 2007, 16 (16); AG Gießen, Urt. v. 24.11.2017 – 507 Ds 501 Js 15031/15, Rn. 30 f. – juris.

18 BVerfGE 7, 377 (405 f.).

19 BT-Drucks. 7/1983, S. 19 f.

20 Merkel, in: Kindhäuser/Neumann/Paeffgen (Hrsg.), NK-StGB, 5. Aufl. 2017, § 219a Rn. 2.

21 Preuß, (Fn. 16), S. 133.

22 Merkel, (Fn. 20), § 219a Rn. 2.

23 BVerfGE 39, 1.

24 Kaiser/Eibach, *medstra* 2018, 273 (275).

25 Goldbeck, (Fn. 15), S. 103.

In Anbetracht des durch § 219a StGB bezweckten Schutzes des ungeborenen Lebens sind die Eingriffe in die Berufsausübungs- und Meinungsäußerungsfreiheit als gerechtfertigt anzusehen.

2. Informationsrecht der Frauen

Weiterhin führe das in § 219a StGB statuierte Werbeverbot neben der Beeinträchtigung der ärztlichen Berufsausübungsfreiheit zu einer unzulässigen Verkürzung der Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 2 GG) der schwangeren Frau. Diese habe ein Recht auf freie Auswahl des Arztes sowie eine medizinisch sachliche und korrekte Aufklärung.²⁶ Indem § 219a StGB die Werbung für Schwangerschaftsabbrüche verbietet, verkörpere es ein nicht hinnehmbares „Informationsverbot“.²⁷ Einer derartigen Auffassung widerspricht aber bereits das gesetzlich garantierte Beratungsmodell. Schwangere Frauen können jederzeit das Informations- und Beratungsangebot staatlich anerkannter Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen wahrnehmen und in diesem Zusammenhang Auskunft über Einrichtungen und Ärzte erlangen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.²⁸ Das Interesse an einer möglichst schnellen und einfachen Informationsgewinnung ist derweil nicht schutzwürdig.²⁹ Im Rahmen einer abwägenden Gegenüberstellung des Selbstbestimmungsrechts der Schwangeren mit dem ungeborenen Leben muss die Entscheidung stets zugunsten des höherrangigen Lebensschutzes ausfallen.³⁰

3. Zwischenergebnis: § 219a StGB ist nicht verfassungswidrig

Aus den gewonnenen Erkenntnissen folgt, dass die Verfassungsmäßigkeit des § 219a StGB nicht zu beanstanden ist. Diesem Ergebnis entsprechend teilte auch das AG Gießen die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen § 219a StGB nicht und verzichtete dementsprechend auf die Einleitung eines konkreten Normenkontrollverfahrens nach Art. 100 Abs. 1 GG.³¹

III. Widerspruch in der gesetzlichen Konzeption

In ihrem Gesetzesentwurf hinterfragt die Bundestagsfraktion DIE LINKE kritisch, wieso § 219a StGB auch die Werbung für *straflose* Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt. Hierdurch werde eine widersprüchliche

Gesetzeslage geschaffen, die auf die Notwendigkeit der Abschaffung des § 219a StGB schließen lasse. So sei in der Vorschrift eine Diskrepanz zu den nach § 218a StGB straffreien Schwangerschaftsabbrüchen zu erblicken: Seit der gesetzlichen Verankerung erlaubter Schwangerschaftsabbrüche im Jahre 1976 bestünde die paradoxe Rechtslage, dass Ärzte Schwangerschaftsabbrüche legal vornehmen können, diese Leistung jedoch nicht öffentlich anbieten dürfen. Die ersatzlose Streichung des § 219a StGB stelle daher lediglich eine notwendige Aktualisierung der Gesetzeslage dar.³² Diese Ansicht werde auch durch ein Urteil des BVerfG bestätigt, in dem es heißt, ein Arzt müsse Patientinnen ohne negative Folgen auf die von ihm angebotenen Dienste hinweisen können, wenn ihm die Rechtsordnung Wege zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen eröffnet.³³

Ob § 219a StGB tatsächlich eine systemwidrige Beeinträchtigung der Vornahme straffreier Schwangerschaftsabbrüche nach § 218a StGB darstellt, bedarf einer näheren Erörterung. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass § 219a StGB einer isolierten Betrachtung entzogen und folglich im Gesamtgefüge der §§ 218 ff. StGB zu beleuchten ist.³⁴ Maßgeblich für die gesetzssystematische Überprüfung des § 219a StGB ist daher die Frage, ob sich das Werbeverbot in den Gesamtregelungszweck der §§ 218 ff. StGB einfügt. Dies ist in doppelter Hinsicht zu bejahen:

1. Generalpräventive Funktion der §§ 218 ff. StGB

Einerseits lässt sich den Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch eine generalpräventive Wirkung zusprechen. Sie sind Ausprägung der gesetzlichen Ausgangshaltung, den Schwangerschaftsabbruch prinzipiell als Unrecht einzustufen und nur ausnahmsweise zu erlauben.³⁵ Dieser Grundanschauung entspricht auch der Normzweck des § 219a StGB, indem darauf abgezielt wird, der öffentlichen Normalisierung und Kommerzialisierung von Schwangerschaftsabbrüchen entgegenzuwirken.³⁶ Deren Durchführung soll weder verharmlost noch zum Gegenstand ausbeuterischer Tätigkeiten gemacht werden.³⁷ Da auch werbende Maßnahmen für legale Schwangerschaftsabbrüche geeignet sein können, der Öffentlichkeit den Schwangerschaftsabbruch als etwas „Normales“ zu präsentieren,³⁸ ist die Bezugnahme des § 219a StGB auf die Bewerbung straffreier Schwangerschaftsabbrüche rechtlich nicht zu beanstanden.

Dieser Feststellung vermag auch die vermeintlich eindeutige Stellungnahme des BVerfG nicht entgegenstehen. In der genannten Entscheidung ging es um einen zivil-

26 BVerfG GRUR 2003, 966 (968).

27 So Gerkrath, § 219a StGB und diese Sache mit Europa, Ito.de, <https://www.Ito.de/recht/hintergruende/h/bundestag-antrag-219a-abschaffen-eu-recht-werbung-dienstleistungsfreiheit/>, Abruf v. 25.11.2018.

28 Kaiser/Eibach, (Fn. 24), S. 275.

29 Goldbeck, ZfL 2007, 14 (15).

30 BVerfGE 39, 1 (43).

31 Jansen, jurisPR-StrafR 7/2018 Anm. 2, S. 2.

32 BT-Drucks. 19/93 (DIE LINKE).

33 BVerfG NJOZ 2008, 151 (156).

34 Kaiser/Eibach, (Fn. 24), S. 275.

35 Berghäuser, JZ 2018, 497 (499).

36 Siehe oben unter II 1.

37 BT-Drucks. 7/1981, S. 17.

38 BT-Drucks. 7/1983, S. 19.

rechtlichen Unterlassungsanspruch eines Arztes wegen Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Die Erklärung des BVerfG ist daher im Zusammenhang mit einem stark persönlichkeitsrechtlichen Kontext zu sehen. § 219a StGB blieb in der Entscheidung unerwähnt.³⁹ Eine Übertragung der Aussage in das Strafrecht zöge eine vom Fall abstrahierte Betrachtung nach sich, weswegen hieraus abgeleitete Rückschlüsse auf die Rechtswidrigkeit des § 219a StGB abzulehnen sind.⁴⁰

2. Gesetzliche Kodifizierung eines Beratungsmodells

Weiterhin ist in den §§ 218 ff. StGB ein Beratungsmodell verankert, welches die generalpräventive Dimension der Vorschriften umrahmt. Der Gesetzgeber hat erkannt, dass ein wirksamer Schutz des ungeborenen Lebens nur im Zusammenwirken mit der Frau, nicht jedoch gegen sie, möglich ist.⁴¹ Unter dem gedanklichen Aspekt einer individuellen Hilfe anstelle einer Strafandrohung wurde, um die schwangere Frau für die Fortsetzung der Schwangerschaft zu gewinnen, der Schwerpunkt auf die verpflichtende Beratung gelegt und von einer Strafandrohung abgesehen.⁴² Vor diesem Hintergrund bilden die §§ 218 ff. StGB i. V. m. dem Schwangerschaftskonfliktgesetz ein Gesamtkonzept, welches die kommunikative Bewältigung des Konflikts zwischen dem Grundrechtsschutz des ungeborenen Lebens und dem Selbstbestimmungsrecht der Frau bezweckt.⁴³ Der Schwangeren soll eine freie Aufklärung über ihre Handlungsalternativen ermöglicht werden.⁴⁴ Die Vermittlung an einen Arzt, der bereit ist, den Abbruch vorzunehmen, soll dabei ausschließlich durch staatlich anerkannte Beratungsstellen erfolgen.⁴⁵ Zu diesem Zweck sind die Länder nach § 3 SchKG verpflichtet, ein genügendes Angebot erreichbarer Beratungsstellen sicherzustellen. Folglich wird die Möglichkeit der schwangeren Frau, sich über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren, durch das System der §§ 218 ff. StGB nicht eingebüßt, sondern lediglich rechtlich reguliert. Die Wirksamkeit eines regulierten Beratungskonzepts wird jedoch aufgehoben, sobald eine nicht-regulierte Werbung für die Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen zugelassen wird.⁴⁶ Hiermit übereinstimmend hat auch das BVerfG festgestellt, dass die Wirksamkeit des gesetzlichen Schutzkonzeptes entscheidend davon abhängt, „dass alle einzelnen Elemente und die notwendigen Rahmenbedingungen aufeinander abgestimmt sind.“⁴⁷

39 Dt. Bundestag, WD 3 – 3000 – 252/17, S. 4.

40 Goldbeck, (Fn. 29), S. 15.

41 Rahe, JR 2018, 232 (234).

42 BVerfGE 88, 203 (276); Berghäuser, (Fn. 35), S. 500.

43 Schweiger, ZRP 2018, 98 (100).

44 Kubiciel, (Fn. 13), S. 14.

45 Schweiger, (Fn. 43), S. 99.

46 Kubiciel, (Fn. 13), S. 14; Hillenkamp, (Fn. 13), S. 93.

47 BVerfG NJW 1999, 841 (849).

3. Zwischenergebnis: Kein Widerspruch, sondern Ergänzung

Die gesetzessystematische Untersuchung hat gezeigt, dass § 219a StGB entgegen der Auffassung der Bundestagsfraktion DIE LINKE das Regelungsgefüge der §§ 218 ff. StGB nicht durchbricht, sondern vielmehr dessen Zwecke rechtlich flankiert. Das Schutzziel des § 219a StGB entspricht dem in den §§ 218 ff. StGB niedergelegten Auftrag, das ungeborene Leben zu schützen, und garantiert damit die Funktionsfähigkeit des geltenden Beratungsmodells.⁴⁸ Eine Abschaffung des Werbeverbots würde folglich der Gesamtkonzeption der §§ 218 ff. StGB in unzulässiger Weise zuwiderlaufen.⁴⁹

Dass die Aufhebung des § 219a StGB erforderlich ist, lässt sich daher nicht damit begründen, dass die Vorschrift im Widerspruch zu der erlaubten Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen steht.

IV. Vorwurf der Vorfeldkriminalisierung

Unabhängig von dem (nicht durchschlagenden) Vorwurf einer widersprüchlichen Gesetzeskonzeption wird beanstandet, dass, indem auch die Werbung für erlaubte Schwangerschaftsabbrüche geahndet wird, eine Vorbereitungshandlung sanktioniert werde, die einer *straflosen* Haupttat vorgeschaltet ist. Es handele sich demnach um eine sachwidrige und unzulässige Vorfeldkriminalisierung. Diese sei in gleichem Maße verfassungswidrig wie die Bestrafung der Teilnahme an einer erlaubten Haupttat.⁵⁰

Gegen diesen Einwand ist jedoch anzuführen, dass § 219a StGB nicht die Vorbereitung einer Haupttat (gleich ob strafbar oder nicht) zu sanktionieren ersucht, sondern bestimmte Formen des Werbens für Schwangerschaftsabbrüche eigenständig und *unabhängig von der Haupttat* unter Strafe stellt.⁵¹ Die Bewerbung kann daher weder rechtlich noch inhaltlich als Vorbereitung einer unbestimmten, zukünftigen Tat gewertet werden.⁵²

Der Einwand der unzulässigen Vorfeldkriminalisierung ist damit nicht einschlägig und vermag die Erforderlichkeit der Abschaffung des § 219a StGB ebenfalls nicht zu begründen.

V. Zwischenergebnis und Ausblick

Die Auseinandersetzung mit den gegen § 219a StGB hervorgebrachten Einwänden hat gezeigt, dass die Abschaffung des Werbeverbots weder verfassungsrechtlich geboten noch gesetzessystematisch empfehlenswert ist. Insbesondere die generalpräventive Funktion der

48 Kaiser/Eibach, (Fn. 24), S. 275.

49 Kubiciel, (Fn. 13), S. 15.

50 Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf, Strafrecht Besonderer Teil, 3. Aufl. 2015, § 5 Rn. 40.

51 Kubiciel, (Fn. 13), S. 15; Gropp, in: Joecks/Miebach (Hrsg.), MüKo-StGB, Bd. 4, 3. Aufl. 2017, § 219a Rn. 1.

52 Schweiger, (Fn. 43), S. 99.

§§ 218 ff. StGB sowie das zugrundeliegende Beratungsmodell würden durch die Aufhebung konterkariert. Eine ersatzlose Außerkraftsetzung würde im Umkehrschluss die gezielte Werbung für Schwangerschaftsabbrüche erlauben und dadurch die Strafbarkeitsschwelle zeitlich erheblich nach hinten verlagern.⁵³ Manchen Stimmen zufolge wäre die Streichung des § 219a StGB daher sogar verfassungswidrig.⁵⁴

Es bleibt der bedenkliche Umstand, dass bereits die sachliche Information eines Arztes über die Bereitschaft, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen, zu einer Verurteilung nach § 219a StGB führen kann. Vor diesem Hintergrund sollen auch zu der Abschaffung des § 219a StGB alternativ diskutierte Lösungsvorschläge einer kurzen Betrachtung unterzogen werden.

Der Gesetzgeber ist nicht verpflichtet, sich zum Schutz des ungeborenen Lebens zwingend einer strafrechtlichen Regulierung zu bedienen.⁵⁵ Vor diesem Hintergrund könnte die Überführung des Werbeverbots in einen Ordnungswidrigkeitstatbestand erwogen werden. Dieses Vorgehen wäre jedoch rechtspolitisch unklug: Die Beseitigung des Werbeverbots aus dem StGB hätte zur Folge, dass das legislativ-verfassungspolitische Gesamtgefüge der §§ 218 ff. StGB durchbrochen würde.⁵⁶ Weiterhin entspricht die Handhabung der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche als bloße Ordnungswidrigkeit nicht der Gewichtigkeit der geschützten Rechtsgüter.⁵⁷ Damit übereinstimmend relativiert auch das BVerfG die fehlende Pflicht zur strafrechtlichen Normierung durch die Aussage, das Strafrecht sei regelmäßig der Ort, den Schwangerschaftsabbruch gesetzlich zu reglementieren.⁵⁸

So bleibt die Überlegung, den § 219a StGB dergestalt abzuändern, dass rein sachliche Informationen eines Arztes nicht als tatbestandsmäßig erfasst werden. Gelingt dies nicht über eine an teleologischen Erwägungen orientierte verfassungskonforme Auslegung⁵⁹ der Vorschrift, könnte erwogen werden, die Handlungen des Anbietens und Ankündigens aus dem Tatbestand zu streichen. Hierzu wird angemerkt, dass die genannten Tätigkeiten im Gegensatz zum Anpreisen keinen Werbeeffect verwirklichen, der eine Untersagung rechtfertigt.⁶⁰ Alternativ könnte im Hinblick auf rein sachliche Informationen eines Arztes eine Ergänzung des § 219a StGB um eine entsprechende Ausnahme Klausel erwogen werden.

C. Fazit

Das in § 219a StGB niedergelegte Verbot, für Schwangerschaftsabbrüche zu werben, sollte nicht abgeschafft

werden. Es empfiehlt sich vielmehr, im Wege der Modifizierung oder einer verfassungskonformen Auslegung des § 219a StGB den Versuch zu unternehmen, rein sachliche Informationen aus dem Tatbestand auszuklammern. Indem nur die anstößige Werbung für den Schwangerschaftsabbruch sanktioniert wird, mäßigt sich das Spannungsfeld zwischen dem medizinischen Informationsinteresse und dem Schutz des ungeborenen Lebens. Die ärztliche Bewegungsfreiheit kann gewährleistet werden, ohne dass das Gesamtregelungsgefüge der §§ 218 ff. StGB entzerrt und die Wirksamkeit des Schutzkonzepts beeinträchtigt wird. Hierdurch wird der angemessene Mittelweg zwischen ausufernder Kommerzialisierung und überholter Tabuisierung des Schwangerschaftsabbruchs bestritten.

53 *Frommel*, JR 2018, 239 (240).

54 *Kaiser/Eibach*, (Fn. 24), S. 276.

55 BVerfGE 39, 1 (45).

56 *Kubiciel*, (Fn. 13), S. 15.

57 *Hillenkamp*, (Fn. 13), S. 93.

58 BVerfGE 88, 203 (258).

59 So der Vorschlag *Hillenkamps*, (Fn. 13), S. 94.

60 *Hillenkamp*, (Fn. 13), S. 93.